

Parlamentarischer Vorstoss

2019/555

Geschäftstyp:	Motion
Titel:	Für ein praxistaugliches lohnrelevantes MAG
Urheber/in:	Klaus Kirchmayr
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Locher
Eingereicht am:	29. August 2019
Dringlichkeit:	—

MAGs für die Staatsangestellten sind seit 15 Jahren etabliert. Diese werden heute gegenseitig als wertschätzend empfunden und schaffen positive Mehrwerte für die Verwaltung und die Mitarbeitenden. Die Regierung plant jetzt das MAG lohnrelevant auszugestalten. Als Zielgrösse wird ein Umfang von 1% der Lohnsumme angepeilt.

Ein lohnrelevantes MAG birgt sehr grosse Risiken. Die wichtigsten davon sind:

- Breitester Widerstand bei Mitarbeitenden, vor allem bei Mitarbeitenden, welche ihren Chef relativ selten und kaum beim Kern ihrer Arbeit sehen.
 - Breiter Widerstand bei Kadermitarbeitenden, welche Führungsspannen von 25 oder gar höher in der täglichen Praxis zu bewältigen haben.
 - Aufwand und Ertrag stehen in keinem Verhältnis. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass lohnrelevante MAGs nicht zu einer dauerhaften Qualitätssteigerung führen.
 - Mitarbeitergespräch wird zum Beurteilungsgespräch. Es besteht das Risiko, dass der grosse Wert des heutigen wertschätzenden Mitarbeiter-Gesprächs gefährdet wird. Mitarbeitende werden nicht von sich aus auf ihre Schwächen oder Probleme zu sprechen kommen. Offene und ehrliche Gespräche werden kaum mehr stattfinden, was letztlich die Arbeitsqualität gefährdet.
 - Eine flächendeckende praktikable Umsetzung ist an jenen Stellen der Verwaltung, welche mit hohen Führungsspannen konfrontiert sind, nur durch einen massiven Ressourcen-Aufbau mit massiven Mehrkosten möglich.
 - Die Einführung eines lohnrelevanten MAGs führt zu massiven Mehrkosten für die Gemeinden und dies ohne das gesetzlich für solche Fälle vorgesehene VAGS-Projekt. Dies vor allem, weil die Gemeinden als Träger der Primarschulen viele Mitarbeitende mit extremen Führungsspannen (z.T. > 70) beschäftigen (*so hat beispielsweise der Gesamtschulleiter der Primarschule Allschwil 74 MAGs*).
-

- Ein praxistaugliches, Mehrwert schaffendes MAG ist nicht absehbar. Die offiziellen Vertretungen der Mitarbeitenden und des Kaders haben sich einhellig negativ geäußert.
- Eine lohnrelevante Beurteilung der Mitarbeitenden muss rechtssicher sein und zwingend den Kern der geleisteten Arbeit beinhalten. In Bereichen mit grossen Führungsspannen ist dies (wissenschaftlich belegt) nicht möglich. Gerichtsfälle mit hohem Risiko für den Kanton sind unvermeidlich.

Während ein lohnrelevantes MAG in jenen Teilen der Verwaltung, wo ein enges, regelmässiges, fast tägliches Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitenden den Arbeitsalltag prägt, noch plausibel und praktikabel erscheint, wird es bei Führungsspannen von 10 oder mehr Personen schon sehr schwierig, wertstiftende Qualifikationen zu erstellen.

All die oben genannten Gründe haben zudem dazu geführt, dass in verschiedenen Kantonen (z.B. Zürich, Solothurn (Sek-II), Zug (Sek-II)) entsprechende Projekte gescheitert sind oder massiv redimensioniert bzw. eingestellt wurden.

Zusammenfassend: Die Einführung eines flächendeckenden lohnrelevanten MAGs für alle Staatsangestellten schafft ein praxisfremdes Bürokratie-Monster, welches weder für die Organisation noch für deren Kader und die Mitarbeitenden gewinnbringend ist.

In diesem Sinne wird beantragt:

Ein lohnrelevantes MAG wird nur dort eingeführt, wo einerseits die Führungsspanne das Verhältnis 1:10 nicht wesentlich und dauerhaft übersteigt und andererseits das MAG rechtssicher ausgestaltet werden kann, also eine Beurteilung der Kern-Tätigkeit der Mitarbeitenden mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen möglich ist.